

Ein Schaffhauser untersucht, ob die Basler Staatsanwaltschaft manipulierte Beweise eingesetzt hat

Polizei und Staatsanwaltschaft sollen in den «Basel nazifrei»-Prozessen unsauber vorgegangen sein. Beide wurden angezeigt. Jetzt ist klar, wer die Untersuchungen leiten wird.

Silvana Schreier 15.02.2022, 16.36 Uhr
Exklusiv für Abonnenten



Die Demonstration «Basel nazifrei» richtete sich gegen die ehemalige Partei Pnos, die am selben Tag eine Kundgebung in Basel organisierte.

Roland Schmid

Über 30 Stunden Videomaterial gibt es von der unbewilligten «Basel nazifrei»-Demonstration von 2018. Es stammt von der Basler Kantonspolizei und gilt in mehreren Gerichtsprozessen gegen Demonstrierende als Hauptbeweis. Anwalt Andreas Noll und der «Graue Block» haben im Dezember 2021 Anzeige gegen Polizei und Staatsanwaltschaft eingereicht: Erstere habe die Beweise manipuliert, Zweitere soll die manipulierten Videos wissentlich in den Verhandlungen eingesetzt haben. So lautet der Vorwurf.

Die Untersuchung der Polizeiarbeit wird die Basler Staatsanwaltschaft leiten. Da sich diese aber nicht selbst untersuchen soll, hat die Basler Regierung unterdessen einen ausserkantonalen Staatsanwalt bestimmt. Es handelt sich um den 41-jährigen Michael Grädel von der Staatsanwaltschaft Schaffhausen.

Politische Aufarbeitung steht noch aus

Für SP-Grossrat Pascal Pfister ist dies ein erster Schritt in Richtung sauberer Aufarbeitung der Geschehnisse von 2018. Nach der juristischen Arbeit soll aber auch die Politik ins Spiel kommen. Pfister: «Ich kann mir vorstellen, dass sich die Geschäftsprüfungskommission des Basler Grossen Rats mit der Thematik beschäftigt, sobald die juristische Untersuchung abgeschlossen ist.»

Dass die Regierung den Schaffhauser Staatsanwalt einsetzt, ist für den «Grauen Block» ein Zeichen, dass der Druck von aussen zugenommen hat. Ob das jedoch zum gewünschten Ergebnis führe, bleibe offen, sagt ein Mitglied, das anonym bleiben möchte, auf Anfrage.

«Der Klügel aus Staatsanwaltschaft und Polizei wird ja nicht wirklich in Frage gestellt und es wird auch nicht über eine Kontrollinstanz oder zumindest eine räumliche Trennung nachgedacht.»

Es sei stossend, dass die Staatsanwaltschaft nun die Vorwürfe gegen die Polizei untersuche.

Zwingend notwendig wäre nach Meinung des «Grauen Blocks» die Aussetzung sämtlicher Gerichtsverhandlungen zur «Basel nazifrei»-Demo. Zumindest bis die Anzeige gegen die Behörden geklärt sei. Nur so könne eine objektive Haltung der Gerichte gewährleistet werden.